



Newsletter vom 28. 4. 2019

Inhalt

Frühförderungsprogramme statt Förderung in der Volksschule?	2
von Marianne Wüthrich	2
Schwerer Rucksack oder leichtes Tablet?	3
Journal21 19.4.2019, von Carl Bossard	3
Die Grenzen des selbsttätigen Unterrichts	5
NZZ 26.4.2019, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Allan Guggenbühl	5
Breite Offensive für die Kleinsten	6
NZZ am Sonntag 14.4.2019, Schweiz, René Donzé	6
Kantonsrat lehnt Sprachförderung ab.....	7
NZZ 16.4.2019, Zürich und Region, Linda Koponen	7
Frühe Deutschförderung braucht einen weiteren Anlauf	9
Tages-Anzeiger 16.4.2019, Zürich, Helene Arnet	9
«Sie sollen noch Kinder sein»	10
Tages-Anzeiger 20.4.2019, Leserbriefe	10
«Kinder verlernen die Handschrift»	11
25.4.2019, Leserbrief zum St. Galler Tagblatt, Samstag, 13. April	11
Toben statt glotzen.....	11
Tages-Anzeiger 26.4.2019, Kultur & Gesellschaft, Berit Uhlmann.....	11
Schüler erhalten Tablet ohne Kinderschutz	12
Beobachter 11.4.2019, Birthe Homann	12
Was lernen unsere Kinder? Der grosse Schultest der Kantone hat Verspätung.....	13
Leserbrief von Elfy Roca, Heilpädagogin und Primarlehrerin, Oberrohrdorf-Staretschwil	13
Einspruch! 2.....	13
Veranstaltungshinweise	14
4.5.2019: Time for Change? – Teil II: Im Hamsterrad.....	14
22.5.2019 Im Bann der Bildschirme – wenn Gamen und soziales Networking zur Sucht werden	14



Frühförderungsprogramme statt Förderung in der Volksschule?

von Marianne Wüthrich

Es brauche einen neuen Verfassungsartikel, der die gemeinsame Verantwortung von Bund und Kantonen für die Förderung von Kindern im Vorschulalter (möglichst ab Geburt) festschreiben soll, so das «Netzwerk Kinderbetreuung Schweiz». Sprachkurse für Vorschulkinder, damit sie beim Kindergarteneintritt bereits Deutsch können, so wollte es eine Parlamentarische Initiative im Zürcher Kantonsrat. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass im Kanton Basel-Stadt die Kinder mit unzulänglichen Deutschkenntnissen trotz Obligatorium und trotz dem Einsatz von 17 Millionen Franken den Rückstand nicht aufholen konnten, hat nun das Zürcher Parlament am 15. April mit deutlichem Mehr ein ähnliches Projekt abgelehnt. Sinnvoll ist es hingegen, wenn fremdsprachige Familien mit wenig Kontakt zu deutschsprachigen Familien eingeladen werden, ihre Kinder in Spielgruppen zu schicken, um ihnen einen besseren Start in die Schule zu ermöglichen.

Was für eine paradoxe Bildungspolitik! Damit alle Kinder (auch diejenigen mit schweizerdeutscher Muttersprache!) deutsch lesen und schreiben lernen, dazu ist im 19. Jahrhundert die obligatorische Volksschule erfunden worden. Nach elf Jahren Kindergarten, Mittel- und Oberstufe sollte es eigentlich möglich sein, die deutsche Sprache (Satzbau, Grammatik, Wortschatz, Rechtschreibung) einigermassen zu beherrschen, auch wenn manche Kinder vor dem Chindsgi-Eintritt nicht gut deutsch konnten. Dem sagt man Chancengleichheit. Voraussetzung dafür ist ein geführter Unterricht und ein strukturierter Aufbau der Deutschlektionen durch die Lehrerin, mit Vorlesen, Schreibschulung, Sprechen und Zuhören, und mit Lesen, Lesen, Lesen... Unerlässlich ist auch «gezieltes und ausdauerndes Üben und Wiederholen» im menschlichen Kontakt mit Lehrer und Mitschülern, so Carl Bossard in seinen wegleitenden Gedanken zu Rucksack und Tablet. Das gilt ganz besonders für das Hineinwachsen in die Grundlagen und die Feinheiten der Muttersprache.

Genau diesen Grundauftrag der Volksschule haben die Verantwortlichen der EDK mit dem Lehrplan 21 und der entsprechenden Lehrerbildung abgeschafft: Durch selbstorganisiertes Aneignen von Kompetenzen und die Reduktion des Lehrers auf einen Coach lernt nun einmal kein Kind richtig Deutsch, ausser wenn zuhause deutsch gesprochen und gelesen wird. Und nun kommen dieselben «Experten» mit «Frühförderprogrammen» für Babys und Kleinkinder, womöglich noch in digitaler Form – was für ein Widersinn!

«Heute schon mit Ihrem Kind gesprochen?» so eine Plakataktion in deutschen Städten. Auf dem Bild eine Mutter, die ihren Kinderwagen mit dem iPhone vor den Augen durch die Strassen stösst, statt mit dem Kind zu plaudern. Die beste frühe Sprachförderung steckt ganz gewiss nicht in einem Tablet, sondern besteht im Gespräch der Eltern und anderer Bezugspersonen mit dem Kind über alles, was uns begegnet, im gemeinsamen Wahrnehmen von Gegenständen und Abläufen aller Art: Schau da, der Bus kommt; der Briefträger bringt uns ein Paket; wir packen das Paket miteinander aus; siehst du das Eichhörnchen dort? usw. So lernt das Kind die Grundlagen seiner Muttersprache und beginnt seinen Wortschatz aufzubauen. Von dieser Basis aus lernt auch das fremdsprachige Kind schneller und besser Deutsch. Wenn schon Frühförderung, dann richtig.

Viel Freude beim Lesen!

Für den Verein «Starke Volksschule Zürich»

Marianne Wüthrich



Schwerer Rucksack oder leichtes Tablet?

Journal21 19.4.2019, von Carl Bossard

Wissen büffeln ist out. Sicher zu Recht. Die alte Paukerschule ist passé. Und doch kommt kein Können ohne Wissen aus. Es gibt keine Einsicht ohne Wissen. Auch in digitaler Zeit nicht.

„Gut gefüllte Schulsäcke“ hätten wir Kinder. So lobte uns der kantonale Schulinspektor nach dem Schlussexamen in der fünften Klasse. Für den weiteren Lern- und Lebensweg seien wir genügend gerüstet. Da sei er ganz sicher, fügte er augenzwinkernd bei. Der Lehrer lächelte, und die Eltern nickten erleichtert. Wir Kinder waren zufrieden; wir hatten gezeigt, was wir können: sicheres Kopfrechnen, laut lesen, ein Lied singen, und zwar auswendig, etwas Schweizer Geographie. Dazu helvetische Heldengeschichte, eingeordnet am Zeitstrahl. Manches war eingeübt, einiges vorbesprochen, vieles gar auswendig gelernt. Ein bisschen Show gehörte dazu. Das störte niemanden. Das Leben kennt ja die Anklänge an die Theaterbühne.

Ein müdes Lächeln für den antiquierten Rucksack

Die alpine Rucksack-Metapher für die schulischen Inhalte? Das Bild scheint überholt. Es entlockt den Zuhörern vom Fach höchstens ein mildes, müdes Lächeln. Eine Vorstellung aus der pädagogischen Mottenkiste! Was sollen da der Schulsack und sein Inhalt, das Wissen? Er beschwere nur und hindere am zügigen, leichtfüssigen Vorwärtskommen. Darum: keine unnötige Last, kein überflüssiger Ballast.

Der Ruf ist allgegenwärtig: Mit der Digitalisierung lasse sich leichter lernen. Lernen 4.0 brauche keinen Rucksack mehr. In Zeiten von Alexa und Siri sei Wissen jederzeit und überall abrufbar, Faktenwissen darum überflüssig. So die Botschaft der Technikkonzerne und ihr unentwegtes Mantra. Die Digitalisierung revolutioniere den Unterricht und verändere alles.

Lernen bleibt Lernen

Für bestimmte Bereiche mag das zutreffen: für die Arbeitswelt und die Industrie beispielsweise. Die technische Innovation wälzt vieles rasant um. Doch der digitale Lockruf verkennt eines: Es gibt anthropologische Konstanten. Die menschliche Evolution ist nicht mit der digitalen Revolution gleichzusetzen.¹ Lernen bleibt Lernen, ob digital oder analog. Und damit Lernen gelingen kann, braucht es nach wie vor Anstrengung und Einsatz, gezieltes und ausdauerndes Üben und Wiederholen sowie den menschlichen Kontakt mit positiven Beziehungen.

Die Technik in der Schule braucht den Menschen, damit sie wirken kann. Das galt für die bisherigen Medien wie Lehrbuch und Taschenrechner; das gilt auch für den Einsatz von Computer, Tablet und Smartboard. Bildung ereignet sich in der Interaktion zwischen Menschen, in Lehr-Lern-Prozessen. Bildung braucht Beziehung. Eben: Pädagogik vor Technik.²

Ohne Wissen kein Denken und kein Tun

Doch wo liegt die Wahrheit? Im alten Bildungsrucksack oder im neuen Tablet? Weder da noch dort allein. Wir stehen vor keinem Entweder-Oder. Effektives Lernen resultierte stets aus der Dynamik eines Sowohl-als-Auch.

Gute Lehrerinnen und Lehrer unterschieden schon immer zwischen notwendigem

¹ Klaus Zierer: Die Grammatik des Lernens. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ, 4.10.2018, S. 7.

² Ders.: Lernen 4.0. Pädagogik vor Technik. Möglichkeiten und Grenzen einer Digitalisierung im Bildungsbereich. Baltmannsweiler: Hohengehren: Schneider Verlag, 2018, S. 93.



Faktenwissen als Voraussetzung des Denkens und verstehender Einsicht als Grundlage des Könnens. Sturer Drill war ihnen so fremd wie leeres Pauken, das Vollstopfen des Rucksackes ein Tabu. Das führt lediglich zu tragem Wissen. Erfahrene Pädagogen wissen um den Zusammenhang von Oberflächenverständnis und Tiefenverständnis. Damit Schülerinnen und Schüler kreativ und problemlösend denken und handeln können, müssen sie ein gewisses Mass an reproduzierbarem Wissen erworben haben. Durch intensives Üben und Wiederholen – wie die junge Geigerin oder der kleine Himmelforscher. Eben: Sie brauchen einen gezielt gefüllten Rucksack. Nur so können sie in den Bereich des Tiefenverständnisses gelangen. Tiefenverständnis basiert auf Oberflächenverständnis. Es reicht darum nicht aus, nur zu wissen, wo etwas steht und wo eine Information zu finden ist. Damit die Schüler in die Tiefe vordringen und die Informationen weiterverarbeiten können, müssen die Fakten im Kopf sein, im geistigen Rucksack – und nicht nur im Tablet.

Ich hab's gefunden! – Ergo weiss ich es

Die Einsicht, dass es eine grundlegende Differenz zwischen dem Abrufen von Informationen und dem Verstehen einer Sache gibt, droht verloren zu gehen. Im Zeitalter des Internets werden Aneignen und Begreifen vielfach durch Finden ersetzt, geleitet von der Vorstellung: Alles, was es an Wissen gibt, ist schon da. Man muss es nur suchen. Wenn ich es gefunden habe, kommt es automatisch auf die innere Festplatte. Dann habe ich es und weiss es. Zu lernen brauche ich's kaum mehr; die Kunst liegt einzig darin, etwas zu finden. Doch wer nur weiss, wo und wie er nachschauen muss, um etwas zu wissen, weiss in Wirklichkeit nichts.

Wissen kann ich nicht konsumieren, so wie ich mir ein Glas Wasser einflösse. Das versucht nur der Nürnberger Trichter. Schon Sokrates karikierte diesen Versuch: Es sei, wie wenn man einem Blinden das Gesicht einsetzen wolle. Das Aneignen von Wissen muss durch mich hindurchgehen; ich muss es erarbeiten, in mich einarbeiten, verarbeiten und reflektierend in Zusammenhang setzen. Erst dann kann ich verstehen. Friedrich Nietzsche nannte diesen (Aneignungs-)Vorgang sinngemäss: „Ich verdaue es.“³ Und in diesem „Verdauen“ realisiert sich der Bildungsprozess. Bildung als angemessenes Verstehen.

Intelligenz oder Kreativität ohne Wissen taugen nichts

Bildung als angemessenes Verstehen basiert auf verstandenem Wissen, auf Netzen von Sachzusammenhängen; sie müssen den Kindern und jungen Menschen einsichtig sein. Doch ohne Wissen gibt es keine Einsicht und kein Verstehen – und auch kein Können. Darin liegt die moderne Deutung des alten Rucksacks. In diesem Sinn darf er auch gut gefüllt sein. Mit leeren Händen löst man keine Probleme; Intelligenz oder Kreativität ohne Wissen taugen nichts. Das gilt auch für den Umgang mit den neuen Medien. Den Laptop bedient man am besten mit gutem Wissen und Können aus dem persönlichen Rucksack.

Das meinte wohl unser Schulinspektor – auch wenn er andere Fertigkeiten im Kopf hatte als den Umgang mit dem Tablet.

³ Friedrich Nietzsche: Kritische Studienausgabe in 15 Bänden (KSA), hg. von Giorgio Colli, Mazzini Montinari, Berlin/New York, 1988. Bd. 11. S. 539, 608f.



Die Grenzen des selbsttätigen Unterrichts

NZZ 26.4.2019, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Allan Guggenbühl

«In Nordkorea leben die glücklicheren Bürger als in den USA!», so lautet die Schlussfolgerung eines Jugendlichen, der in einer selbständigen Arbeit die Auswirkung von Regierungssystemen auf die Bürger verglichen hat. Der Schüler belegt sein Urteil mit Material aus einer Internetrecherche. Das Argument: In kapitalistischen Ländern würden die Bürger durch raffgierige Manager ausgenutzt, nicht jedoch in Nordkorea. Diese Gedanken präsentiert der Schüler seiner Lerngruppe im Rahmen des selbstorganisierten Lernens (SOL). Die Schüler sind unter sich. Das SOL ist ein an Schulen verbreitetes Lernkonzept, bei dem die Schüler ihr Lernen selbstbestimmt planen, steuern und sich gegenseitig überprüfen. Der genannte Beitrag des Schülers erfüllt die Kriterien des SOL: Er hat das Thema ausgewählt, die Lernziele definiert und eigenständig Informationen eingeholt. Bei der konsequenten Anwendung des SOL rücken die Lehrperson und der Inhalt in den Hintergrund. Die Schüler geben sich die Antworten und die Feedbacks. Nicht Lehrpersonen vermitteln Bildungsinhalte, sondern das Internet und Arbeitsblätter. Die Schüler sollen dadurch in ihren Kompetenzen gefördert werden, sich selbsttätig Inhalte anzueignen und Lernziele zu definieren.

Ausgangspunkt des Unterrichts soll die Neugier der Schüler sein und nicht institutionalisiertes Wissen. Gemäss dem Motto «From Teaching to Learning» erhofft man sich die Stärkung der Motivation für lebenslanges, internalisiertes Lernen. Die Kompetenzausrichtung und das SOL werden als pädagogische Revolution gehandelt, die einen Paradigmenwechsel auslösen soll: Das SOL gilt als Antwort auf die Heterogenität der Klassen und als bestmögliche Vorbereitung auf zukünftige Herausforderungen im Berufsalltag.

Zu wenig beachtet wird jedoch die Psychologie der Kinder und Jugendlichen. Beim Lernen in der Schule geht es nicht nur um Wissen und Kompetenzen, sondern auch um einen Anbindungsakt an – mitunter kulturell verhandeltes und tatsachengestütztes – Allgemeinwissen. Bildung ist auch Initiation im Sinne der Anbindung an den Wissenspool der Gesellschaft. Hierfür braucht es Vorbilder und Diskussionen. Lerninhalte haben für Kinder und Jugendliche auch eine Funktion in der Beziehung zu Erwachsenen. Die wenigsten Schüler antworten auf die Frage «Was hast du heute gelernt?» mit SOL-Zielsätzen, sondern sie berichten von Interaktionen mit ihren Lehrpersonen. Einem Schüler bleibt die Schilderung seiner Lehrerin der Schlacht bei Sempach im Gedächtnis und einem anderen eine Eselsbrücke zur Einsicht in ein mathematisches Gesetz. Die Inhalte, die die Lehrperson präsentiert, können inspirieren oder langweilen.

Die Integration ins System Schule und die Aneignung der Bildungsinhalte geschehen jedoch nicht nur im Konsens, sondern auch über die Auseinandersetzung mit den Alten. Spätestens ab der Vorpubertät realisieren die Schüler, dass das vermittelte Wissen oft auch ein Ablaufdatum hat. Die Infragestellung von kanonischen Inhalten und darauf bezogene Provokation sind legitim und ein Versuch der Abgrenzung und Autonomie. Mit diesem Schritt ist jedoch die Aufgabe der Lehre noch nicht erfüllt. Die Lehrpersonen vermitteln nicht nur die Inhalte, sondern sie haben auch die Aufgabe, sich auf Argumentationen einzulassen und Realitätsbezüge zu sichern. Die Kompetenzen sind Nebenprodukte des sozialen Vermittlungsaktes der Bildungsinhalte. Teamfähigkeit, selbständiges Arbeiten oder Konzentrationsfähigkeit kommen mit dem geweckten Interesse. Problematisch ist das SOL, wenn der Prozess des Lernens die Auseinandersetzung mit dem Ergebnis ersetzt. Viele Schüler fühlen sich sich selbst überlassen, verlieren sich in virtuellen Räumen oder verträdeln die Zeit mit oberflächlichen Arbeitsblättern. Der Schüler im Eingangsbeispiel hätte gerne die Argumentation einer Lehrperson gehört, doch für das Feedback waren seine Mitschüler verantwortlich.



Im Schulzimmer mag beim SOL das emsige Treiben Besucher beeindrucken. Die Schüler laufen mit ihren Aufgabenblättern von Posten zu Posten, studieren Anleitungen, machen sich Notizen und gucken in Bildschirme. Lernen darf jedoch nicht mit Betriebsamkeit verwechselt werden. Entscheidend ist der über Beziehungen ausgelöste innere, mentale Prozess. Wenn das selbsttätige Lernen Resultate produziert, von denen die Schüler selber enttäuscht sind, oder Schlussfolgerungen unkommentiert stehen bleiben, dann wird dieses Bildungsziel nicht erreicht. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Schule der Magie der Digitalisierung erlegen ist. Die Inszenierung des Lernprozesses verhindert die vertiefte Auseinandersetzung mit Bildungsinhalten und erschwert Inspirationen. Die Schule verpasst es, ihre nobelste Aufgabe zu erfüllen: junge Menschen in die grossartigen, faszinierenden und ärgerlichen Inhalte unserer Kultur einzuführen.

Allan Guggenbühl, Psychologe und Pädagoge, leitet das Institut für Konfliktmanagement und Mythodrama in Zürich und Bern und lehrt an der Pädagogischen Hochschule des Kantons Zürich.

Breite Offensive für die Kleinsten

NZZ am Sonntag 14.4.2019, Schweiz, René Donzé

Die Kinderbetreuungs-Lobby will einen Verfassungsartikel für die frühkindliche Betreuung. Einen ersten Erfolg erzielte sie diese Woche

Es war ein ernüchternder Tag für Familienpolitiker im ganzen Land. Im März 2013 stimmten die Schweizerinnen und Schweizer zwar einem Familienartikel in der Verfassung zu. Doch das Vorhaben scheiterte am Ständemehr – vorab wegen dem Nein der Zentral- und Ostschweizer Kantone. Der Artikel wollte festschreiben, dass Bund und Kantone die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern.

Nun nimmt die Kinderbetreuungs-Lobby einen zweiten Anlauf. «Der Bund muss sich stärker im Bereich frühkindliche Bildung und Betreuung engagieren», sagt Reto Wiesli, Geschäftsführer des Netzwerks Kinderbetreuung Schweiz. «Darum streben wir einen Verfassungsartikel an, der die gemeinsame Verantwortung von Bund und Kantonen formuliert.» Denn im Gegensatz zur Schulbildung, die in der Verfassung verankert ist, gibt es keine entsprechende Bestimmung für die Förderung und Betreuung von Kindern im Vorschulalter, also zwischen null und vier Jahren.

Gleiche Chancen für alle

Dabei ist es erwiesen, dass diese Jahre entscheidend sind. In den ersten Lebensjahren werden die Weichen für die kognitive, soziale und emotionale Entwicklung gestellt, schreibt auch die Unesco-Kommission des Bundes. Darum sei es gerade für Kinder aus sozial benachteiligten Familien essenziell, dass sie früh gefördert werden. Gemeint ist damit weder Frühchinesisch noch vorschulischer Leseunterricht. Vielmehr geht es um Krippenplätze, soziale Kontakte, Begleitung von Kindern und Eltern zu Hause. Zusammengefasst wird das unter dem Begriff frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung.

Verschiedene Projekte und Studien zeigen, dass diese positive Effekte hat. «Es ist aber leider so, dass gerade Kinder aus sozial schwächeren Familien oft keinen Zugang zu solchen Angeboten haben», sagt Nadine Hoch, Geschäftsführerin des Krippenverbandes Kibesuisse. Oft könnten sie es sich schlicht nicht leisten. «Mein persönliches Fernziel sind Krippen, die wie Schulen über Steuergelder finanziert sind.» Doch davon ist die Schweiz noch sehr weit entfernt.



Und es steht auch nicht zuoberst auf der Agenda der Kinderbetreuungs-Lobby. Sie verfolgt eine Politik der kleinen Schritte. Für den Herbst planen die Organisationen einen Aktionstag in Lausanne zum Thema frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung. Nächstes Jahr folgt eine Veranstaltung auf dem Bundesplatz. «Zuerst soll die Zivilgesellschaft für dieses wichtige Thema sensibilisiert werden», sagt Reto Wiesli. Dann will man es über parlamentarische Vorstösse oder mit einer Volksinitiative aufs politische Parkett bringen.

Die Verbände dürften mit ihrem Anliegen in Bern auf Wohlwollen stossen. Just diese Woche hat die Bildungskommission des Nationalrates beschlossen, dass sich der Bund stärker für die Kleinen engagieren soll. Sie verlangt eine Strategie zur Stärkung und Weiterentwicklung der frühen Förderung von Kindern, wie sie am Freitag mitgeteilt hat.

Gleichzeitig soll der Bund Projekte mit Anschubfinanzierungen unterstützen. Damit leistet die Kommission Vorstössen von Matthias Aebischer (sp.) und Philipp Kutter (cvp.) Folge – und zwar gegen den Widerstand von Politikern aus SVP und FDP, die Frühförderung als kantonale Aufgabe sehen. Es liege ohnehin vor allem in der Verantwortung der Eltern, sich um ihre Kleinkinder zu kümmern, heisst es bei der SVP. Man könne nicht immer früher nach dem Staat rufen.

Wirtschaftliche Interessen

Grundsätzlich aber gibt es auch auf bürgerlicher Seite Stimmen, die einen Ausbau im frühkindlichen Bereich begrüssen, weniger aus Gründen der Chancengerechtigkeit als vielmehr aus wirtschaftlichen Überlegungen: Gute Betreuungseinrichtungen tragen auch dazu bei, dass beide Elternteile berufstätig sein können. Bereits im letzten Herbst hat sich eine parteiübergreifende Allianz zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gebildet – unter der Schirmherrschaft von FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter.

Mit dabei sind der Arbeitgeberverband, die Erziehungsdirektorenkonferenz und die Sozialdirektorenkonferenz. Deren Generalsekretärin Gaby Szöllösy sagt: «Wir halten es für notwendig, dass eine breite Diskussion stattfindet zur Frage, welche Aufgabe und Rolle der Bund im Bereich der frühen Förderung einnehmen soll und kann.» Darum begrüesse man auch die Vorstösse der nationalrätlichen Bildungskommission. Die Kantone stehen einer rechtlichen Verankerung auf Bundesebene positiv gegenüber. Ob es allerdings einen neuen Verfassungsartikel brauche, wäre zu klären, sagt Szöllösy.

Kantonsrat lehnt Sprachförderung ab

NZZ 16.4.2019, Zürich und Region, Linda Koponen

Anders als in Basel-Stadt bleibt mehr Deutsch für Vorschulkinder in Zürich freiwillig. Fremdsprachige Kinder bekunden beim Schuleintritt oft Mühe. Von obligatorischen Sprachförder-Kitas will der Kantonsrat dennoch nichts wissen.

Im Grunde war sich der Zürcher Kantonsrat einig: Je früher ein Kind Deutsch lernt, desto besser stehen seine Zukunftschancen. Eine parlamentarische Initiative (PI) der SP, die Sprachförderung für Vorschulkinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen im Volksschulgesetz festschreiben wollte, lehnte das Parlament dennoch ab. Damit vollzieht der Kantonsrat eine Kehrtwende: Noch im April 2016 wurde der Vorstoss von einer Mehrheit vorläufig unterstützt.

In der Zwischenzeit hat ein Umdenken stattgefunden, obschon das Thema keinesfalls von der Bildungsagenda verschwunden ist. Das Konzept der PI wird bereits seit einigen



Jahren im Kanton Basel-Stadt umgesetzt. Vor drei Jahren noch als Erfolgsmodell gelobt, fällt das Fazit heute durchzogener aus. Verfügt ein Vorschulkind über unzureichende Deutschkenntnisse, sind die Eltern verpflichtet, es an zwei halben Tagen pro Woche während eines Jahres eine vom Kanton anerkannte Sprachförder-Kita besuchen zu lassen. Notfalls kann die Schulpflege ein Obligatorium aussprechen.

Laut Jacqueline Peter (sp., Zürich), Präsidentin der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK), ist der gewünschte Erfolg in Basel ausgeblieben: Der sprachliche Rückstand habe auf diese Art nicht aufgeholt werden können. Für Bedenken im Rat sorgte die Frage der Finanzierung: Bis zu 17 Millionen Franken hätte der Kanton Zürich jährlich für die Sprachförderung ausgeben müssen.

Nicht pathologisieren

Damit ist der Kanton Zürich wieder auf Feld eins. Klar ist: Mit dem Nein hat sich das Thema nicht erledigt. Die Stadt Zürich und viele Gemeinden setzen zwar bereits seit einigen Jahren auf vorschulische Fördermassnahmen, um Kindern aus bildungsfernen oder fremdsprachigen Familien bessere Ausgangsbedingungen zu gewähren. Vor zwei Jahren hat die Bildungsdirektion zudem das Fachkonzept «Frühe Sprachbildung» herausgegeben. Darin sind Leitlinien definiert, die Erwachsenen zeigen sollen, wie sie Kinder in ihrer sprachlichen Entwicklung begleiten können in Familien, Tagesfamilien, Kitas und Spielgruppen.

«Das grosse Problem im Kanton Zürich ist, dass jene Familien, die die Angebote nutzen sollten, dies nicht tun», sagte Monika Wicki (sp., Zürich) am Montagmorgen im Kantonsrat. Wie diesem Problem zu begegnen ist, spaltet indessen die Geister. Wenig überraschend plädierten die Bürgerlichen für mehr Eigenverantwortung der Eltern. Wenn der Integrationswille nicht vorhanden sei, solle man die Betroffenen fragen, ob sie nicht lieber in ihr Ursprungsland zurückkehren wollten, sagte Hans Egli (edu., Steinmaur).

Cäcilia Hänni (fdp., Zürich) warnte davor, Kinder aufgrund ihrer Sprachkenntnisse zu pathologisieren. Die Bildungsdirektion hatte in einem Gegenvorschlag zur PI die Möglichkeit ins Spiel gebracht, den Förderbedarf im Rahmen von obligatorischen kinderärztlichen Vorsorgeuntersuchungen zu ermitteln. Rochus Burtscher (svp., Dietikon) übte Grundsatzkritik: Es brauche kein weiteres Angebot, um die Sozialindustrie anzukurbeln. Das untaugliche Basler Modell habe in Zürich nichts verloren.

«Chancengleichheit verwehrt»

Karin Fehr Thoma (gp., Uster) monierte, dass mit Ablehnung der PI gewissen Kindern ein einfacherer Schuleintritt verwehrt werde. Am Ende stellt sich auch die Frage, ob Kinder bereits beim Kindergarteneintritt Deutsch können müssen. Bildungsdirektorin Silvia Steiner (cvp.) sagte, sie wehre sich dagegen, Vier- oder Fünfjährige, die noch über keine Deutschkenntnisse verfügten, als sozial benachteiligt zu bezeichnen. Die Sprachkompetenz sei zwar wichtig, in Bezug auf die Chancengleichheit spiele aber auch der restliche Entwicklungsstand eine Rolle. Auch der Regierungsrat hatte die PI abgelehnt. Demnächst wird sich die Bildungsdirektorin aber erneut mit einem parlamentarischen Vorstoss zum Thema auseinandersetzen müssen: Monika Wicki hat eine entsprechende Motion eingereicht.



Frühe Deutschförderung braucht einen weiteren Anlauf

Tages-Anzeiger 16.4.2019, Zürich, Helene Arnet

Kantonsrat • Kinder sollen mit ausreichenden Deutschkenntnissen in den Kindergarten kommen, fanden ausnahmslos alle Ratsmitglieder. Darüber, wie das zu erreichen ist, wurde man sich aber nicht einig.

Die gestrige Ratssitzung lieferte den Beleg dafür, dass die eigentliche politische Arbeit in den vorberatenden Kommissionen stattfindet. Als die Parlamentarische Initiative (PI) des mittlerweile zurückgetretenen SP-Kantonsrats Moritz Spillmann im April 2016 ein erstes Mal im Kantonsrat diskutiert wurde, schien klar, dass sie eine Mehrheit finden wird: 105 Stimmen entfielen auf sie. Gestern wurde sie jedoch mit 101 zu 59 Stimmen abgelehnt.

Dazwischen lagen ausführliche Diskussionen in der Kommission für Bildung und Kultur, die sich schliesslich mit 14 zu 1 Stimme gegen die PI aussprach. Obwohl deren Anliegen von allen Ratsmitgliedern ausnahmslos gutgeheissen wurde. Es ging darum, dass Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen spätestens ein Jahr vor dem Kindergarten erfasst und entsprechend gefördert werden.

Spillmann verwies dabei auf ein Modell, das im Kanton Basel-Stadt in Anwendung ist. Dabei wird der Sprachstand der Kinder achtzehn Monate vor Eintritt in den Kindergarten mittels Fragebögen erhoben. Eltern, die nicht kooperieren, können gebüsst werden. Bedarf ein Kind der Förderung, müssen die Eltern für dieses einen Platz in einer Sprachförderungs-Kita suchen, der Kanton übernimmt die Kosten für zwei Halbtage pro Woche.

Gemeinden sind aktiv

Das sei ein taugliches, niederschwelliges Angebot, das für den Kanton Zürich nur noch etwas angepasst und erweitert werden müsse, sagte Monika Wicki (SP, Zürich). Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) hielt dagegen: «Das ist einmal mehr eine reine Beschäftigung für die Sozialindustrie.» Er plädierte für Eigenverantwortung der Eltern, auch was die Finanzierung dieser Förderung ihrer Kinder betreffe. Kommissionspräsidentin Jacqueline Peter (SP, Zürich) führte aus, dass sich das Basler Modell für den Kanton Zürich nur bedingt eigne, da dieser vielfältiger sei als der Stadtkanton. «Auch wird in den Gemeinden schon sehr viel in dieser Hinsicht gemacht.» Wie ernsthaft die Kommission das Thema beriet, zeigt die Tatsache, dass gleich zwei Gegenvorschläge in Betracht gezogen wurden.

Das Projekt «Startklar» sah vor, dass alle Kinder im Alter von drei Jahren von einem Kinderarzt oder einer Kinderärztin abgeklärt werden, ob ein Förderbedarf bestehe - nicht nur bei den Deutschkenntnissen. Dagegen wurden einerseits die Kosten, die wohl vom Kanton getragen werden müssten, aufgeführt. Von anderer Seite wurde befürchtet, dass dadurch Kinder pathologisiert würden, allein weil sie nicht Deutsch sprechen.

Zu viele offene Fragen

Ein zweiter Gegenvorschlag wollte die Gemeinden verpflichten, ein bedarfsgerechtes Angebot für Deutsch als Zweitsprache für Kinder im Vorschulalter anzubieten. Wobei der Kanton sich zumindest an den Kosten beteiligen müsste. Dafür müsste das Kinder- und Jugendhilfegesetz angepasst werden. Beide möglichen Gegenvorschläge fanden keine Mehrheit. Christoph Ziegler (GLP, Elgg) brachte es auf den Punkt, weshalb am Schluss kein Entscheid zustande kam, obwohl die Sache allen am Herzen lag: «Es sind einfach zu viele Fragen offen.»

Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP) versprach aber, dass die Sache damit nicht vom Tisch sei. «Ich werde Ihnen in der nächsten Legislatur einen Vorschlag unterbreiten.» Womit am Rande gesagt wäre, dass sie nicht willens ist, die Direktion zu wechseln. SP,



Grüne und EVP haben zur Absicherung des regierungsrätlichen Versprechens bereits eine Motion eingereicht, die eine Anpassung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im oben erwähnten Sinne verlangt: Die Gemeinden sollen ihre Leistungen im Bereich der frühen Deutschkenntnisse ausbauen und dafür vom Kanton finanziell unterstützt werden können.

Helene Arnet

«Sie sollen noch Kinder sein»

Tages-Anzeiger 20.4.2019, Leserbriefe

Bildung • Kinder sollen vor dem Kindergarten lernen, TA vom 12.4.

Solide Grundlagen auf allen Ebenen

Der Streit der SP und der CVP spiegelt die lebhafteste Diskussion um das Thema der frühkindlichen Bildung. Unser Parlament ist darüber aber nicht nur zerstritten. Mit 44 Mitunterzeichnenden von der SP bis zur SVP wurde im vergangenen März das Postulat von NR Nik Gugger (EVP) eingereicht. Darin wird der Bundesrat beauftragt, eine geeignete Strategie und ein Massnahmenpaket aufzuzeigen, mit welchem die weitgehend in Politik und Fachkreisen unbestrittene Förderung der frühen Kindheit zugunsten frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich umgesetzt werden kann. Dabei geht es darum, den Bereich der Früherziehung und Beratung auf den Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden zu stärken und zu verbessern. Speziell in den Bereichen: Qualität der Berufe im Bereich Früherziehung und Beratung; Integration fremdsprachiger Kinder insbesondere in Spielgruppen und Kindertagesstätten; Koordination bestehender Angebote und überregionale Zusammenarbeit; wissenschaftliche Begleitung, Evaluation und Projektarbeit; ebenso soll aufgezeigt werden, wie Bund, Kantone und Gemeinden effizient und aufgabenteilig bei der FBBE zusammenarbeiten können. Wenn es nicht gelingt, eine kohärente Politik auf den verschiedenen staatlichen Ebenen unter Beizug der Zivilgesellschaft zu etablieren, dann würden die bisherigen Massnahmen Flickwerk mit wenig Wirkung bleiben.

Marcel I. Raas, Winterthur Facharzt FMH, Kinder- und Jugendpsychiatrie

Keine Flächendeckende Förderung

Schön, die schon vor dem Kindergarten lernenden Kinder, welche in späteren Jahren dank Frühförderung einen «volkswirtschaftlichen Nutzen» bringen sollen. Aber bereits der Name «Jacobs Foundation» bei der Finanzierung einer Kampagne macht mich stutzig. Und wenn Professor Becker in diesem Zusammenhang schon vom Gymnasium spricht, rümpfe ich ebenso die Nase. Wie Redaktorin Birrer fürchte auch ich, da werde nun kopflos drauflos «gefördert» und vergessen, dass die Kleinen in erster Linie eben noch Kinder sein sollten, deren Zeit man nicht bereits in den ersten Jahren zu verplanen hat. Mag sein, dass gewisse familiäre Situationen Ausnahmen rechtfertigen, aber eine flächendeckende Generalmobilmachung brauchen wir nicht, selbst wenn einmal mehr das Hohelied von der «Chancengleichheit» ertönt. In derselben Zeitungsausgabe wird zufällig auch davon berichtet, dass für die Aufnahme ins Gymnasium wieder die Vornoten zählen. Heisst Glück für jenes Kind, welches in der Volksschule eine Lehrerin hat, welche wohlwollende und stark aufgerundete Noten erteilt, und Pech für das andere, deren Lehrerin eher streng, aber objektiv urteilt. Da ist die Chancengleichheit schon wieder gestorben.

Hans-Peter Köhli, Zürich



«Kinder verlernen die Handschrift»

25.4.2019, Leserbrief zum St. Galler Tagblatt, Samstag, 13. April

Lehrer fordern auf, im Alltag wieder mehr zu schreiben und häufiger die Hände zu benutzen, so im Untertitel. Denn Kinder schreiben zu langsam, unleserlich und verkrampft. Die Handschrift komme in der Schule viel zu kurz. Dabei ist bekannt, dass sie für das Lernen unersetzlich ist. Sie fördert ganz wesentlich Verständnis und Lernleistung, denn die Handschrift hat einen grossen Einfluss auf das Gedächtnis. Deshalb fordern Lehrer in einer breiten Befragung wieder mehr Zeit für den Schreibunterricht.

Ihren Bericht kann ich als Lehrerin nur bestätigen: Wenn die Grundlagen nicht mehr erarbeitet werden können (Feinmotorik im Kindergarten, Schrift in der Unterstufe), wenn die Handschrift nicht einen wichtigen Platz beim Lernen einnehmen darf, wird die Jahrtausende alte Kulturtechnik aufgegeben. Denn ohne viel Zeit und Übung in der Schule wird eine flüssige leserliche und korrekte Schreibweise nicht erworben. Auch das Kochen lernt man nicht in der Theorie. Die Frage stellt sich, warum nicht genug Zeit zur Verfügung steht?

Und nebenbei: Das zusammenhängende Schreiben ganzer Wörter (Schnürlischrift, verbundene Schrift) vermittelt ohne viel Grammatik die Kenntnis unserer Wort-Sprache und die Rechtschreibung gleich dazu. Die neue Basisschrift ist auf den ersten Blick bequemer, vielfach erkennen aber nun die Kinder die Einheit eines Wortes nicht mehr. Auch hier fragt sich, wozu die Neuerung?

Ich wünsche mir, dass aus diesen lange bekannten Gründen das Erlernen der Handschrift wieder als zentrale Aufgabe der Schule, zunächst vor allem der Unterstufe, anerkannt wird. Ihr Artikel ist dafür ein Beitrag.

Renate Dünki, 8374 Oberwangen

Toben statt glotzen

Tages-Anzeiger 26.4.2019, Kultur & Gesellschaft, Berit Uhlmann

Kindergesundheit • Die WHO hat Empfehlungen veröffentlicht, wie Kleinkinder ihren Alltag idealerweise verbringen. Zugang zu Fernsehern und Smartphones sollen diese demnach frühestens mit zwei Jahren erhalten.

Gibt es diese Kinder noch, die von früh bis spät durchs Gras toben, zwischendurch kuscheln und Bauklötze stapeln? Die abends in einen ungetrübten Schlaf fallen und dann wieder voller Überschwang aufwachen, weil es da draussen so viel zu entdecken gibt: Blätter, Bilderbücher, Ballspiele? Was für viele Bewohner der westlichen Zivilisation eher nach Nostalgie klingt, hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) jetzt zum Idealzustand erklärt. Erstmals hat die Behörde offizielle [Empfehlungen](#) vorgelegt, wie der Alltag kleiner Kinder aussehen sollte.

Weniger Lernerfahrung

Der optimale Tag von unter Fünfjährigen ist demnach weitgehend frei von Bildschirmen aller Art. Frühestens mit zwei Jahren sollten Kinder Zugang zu TVs und Smartphones bekommen - begrenzt auf eine Stunde täglich. Die WHO folgt mit ihren Grenzwerten unter anderem den nationalen Leitlinien von kanadischen Wissenschaftlern. Diese begründeten ihre Einschätzung vor allem damit, dass die aufgemotzten, auf Kindertauglichkeit getrimmten Programme der digitalen Medien weniger Lernerfahrungen bieten als



altmodische Bilderbücher oder Spiele, dafür aber ausgesprochen verführerisch sind. Auch die WHO-Richtlinie hält Puzzeln, Malen oder Geschichtenlauschen für wertvoller als den Konsum elektronischer Medien.

Grundsätzlich wollen die WHO-Experten jede Art von sitzender Tätigkeit begrenzen. Das gilt besonders für Autositze, Kinderwagen, Hochstühle und Tragetücher, die laut WHO nie länger als eine Stunde benutzt werden sollten. Kinder, die sich so frei wie möglich bewegen könnten, hätten bessere Gesundheitswerte, heisst es.

Über die körperliche Bewegung sagt die WHO-Leitlinie: je mehr, desto besser. Schon Babys sollten mindestens 30 Minuten ihrer wachen Zeit auf dem Bauch verbringen, weil dies wahrscheinlich die motorische Entwicklung fördert. Sobald sie sich vorwärtsbewegen können, sollten sie dem Drang dazu möglichst häufig nachgeben dürfen. Für alle Kinder über einem Jahr werden mindestens drei Stunden körperliche Aktivität pro Tag empfohlen. Auch für den Schlaf liefern die Experten genaue Werte. In den ersten drei Monaten sollten die Kleinen 14 bis 17 Stunden täglich schlafen, in den folgenden neun Monaten 12 bis 16 Stunden. Für Ein- und Zweijährige wird eine Bettruhe von 11 bis 14 Stunden empfohlen, in den folgenden zwei Jahren sind 10 bis 13 Stunden ausreichend.

Die Autoren begründen all diese Empfehlungen in erster Linie mit der Prävention von Übergewicht, die frühestmöglich beginnen sollte. Die Kombination aus viel Bewegung, wenig Bildschirmzeit und ausreichend Schlaf erscheint dabei erfolgversprechend. Studien legen zudem nahe, dass Bewegung und guter Schlaf die motorische, kognitive und psychische Entwicklung von Kindern positiv beeinflussen können. [Mehr...](#)

Schüler erhalten Tablet ohne Kinderschutz

Beobachter 11.4.2019, Birthe Homann

Einige Schulen geben Fünftklässlern ein Tablet mit nach Hause. Viele Eltern wissen nicht: Dort steht dem Kind unter Umständen das Internet unkontrolliert offen.

Seit Nora* ihr eigenes Tablet von der Schule hat, macht sie gern Ufzgi. Ohne Murren verschwindet sie damit in ihrem Zimmer. Die Eltern wundern sich und merken eines Tages, dass die Elfjährige gar nicht Hausaufgaben macht, sondern die ganze Zeit Serien schaut. Das heimische WLAN ist nicht gesichert – den Eltern war nicht klar, dass sie das hätten machen müssen.

Auch ein Vater aus Küsnacht ZH empört sich: «Mein Sohn darf sein Tablet von der Schule nach Hause nehmen. Am Elternabend wurde nicht informiert, dass kein Kinderschutz auf dem Gerät installiert ist.» Der Sohn habe damit gamen und Filme gucken können. Ein Skandal, findet der Vater.

«Die Eltern sind zuständig»

Im Kanton Zürich wurde im August 2018 bei den Fünftklässlern das Fach «Medien und Informatik» eingeführt – im Rahmen des Lehrplans 21. In einigen Gemeinden wurden die Fünftklässler dafür mit Tablets ausgerüstet. «Die Schulen wurden angehalten, die Eltern über den Umgang mit dem Gerät zu informieren», heisst es beim kantonalen Volksschulamt. Via Firewalls und Inhaltsfilter sei der Internetzugang in den Schulen gesichert, daheim seien die Eltern dafür zuständig.

Falsches Gefühl der Sicherheit

Das ist vielen Eltern nicht bewusst. Sie denken, das Gerät sei sicher, da es ja von der



Schule kommt. «Bei uns haben sich einige Mütter und Väter beschwert», sagt Joachim Zahn vom Verein «Zischtig», der sich für Sicherheit und Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen einsetzt. «Vielen Eltern fehlen die Zeit und das Know-how, um zu Hause einen sicheren Zugang einzurichten.»

Das hat jetzt auch das Stadtzürcher Schulamt gemerkt. Bei der Auslieferung der ersten Tablets im Sommer 2018 habe sich gezeigt, dass nicht alle Eltern über die Konfiguration eines WLAN-Routers Bescheid wussten. «Für die Auslieferung im Sommer 2019 wird das Schulamt deshalb den Eltern gezielt erweiterte Informationen dazu bereitstellen.»

Was lernen unsere Kinder? Der grosse Schultest der Kantone hat Verspätung

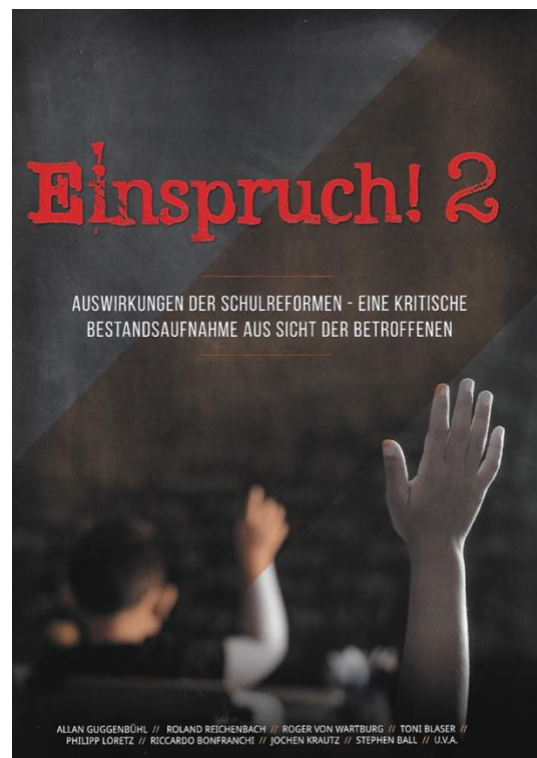
Leserbrief von Elfy Roca, Heilpädagogin und Primarlehrerin, Oberrohrdorf-Staretschwil

Den Artikel (Schweiz am Wochenende, 7.4.19) über den Umgang der EDK (Erziehungsdirektorenkonferenz) mit den seit 2016 schweizweit durchgeführten Tests zur Evaluierung des Erreichens von „Grundkompetenzen“ unserer Kinder musste ich erst verdauen, bevor ich zur Feder greifen konnte. Zuerst wurden die Tests durchgeführt, und erst danach wurde festgelegt, welche Leistungen den „Schwellenwert“, gemeint ist damit wohl das Erreichen eines Genügend, sein soll. Dieses Vorgehen kann sich keine Lehrerin und kein Lehrer leisten. Elternreklame und Schulleiterverweise wären die unweigerliche Folge davon. Ich bin gespannt, wie die EDK die Ergebnisse dieser Tests interpretieren und am 24. Mai kommunizieren wird. Den Glauben an Objektivität habe ich nach diesem Vorgehen endgültig verloren.

Einspruch! 2

Die Broschüre **Einspruch! 2** (64 S.) kann bestellt werden unter: arkadi@bluemail.ch.

- pro Broschüre 7 Fr. + Versandkosten,
- ab 10 Exemplaren je 5 Fr. + Versandkosten





Veranstaltungshinweise

4.5.2019: Time for Change? – Teil II: Im Hamsterrad

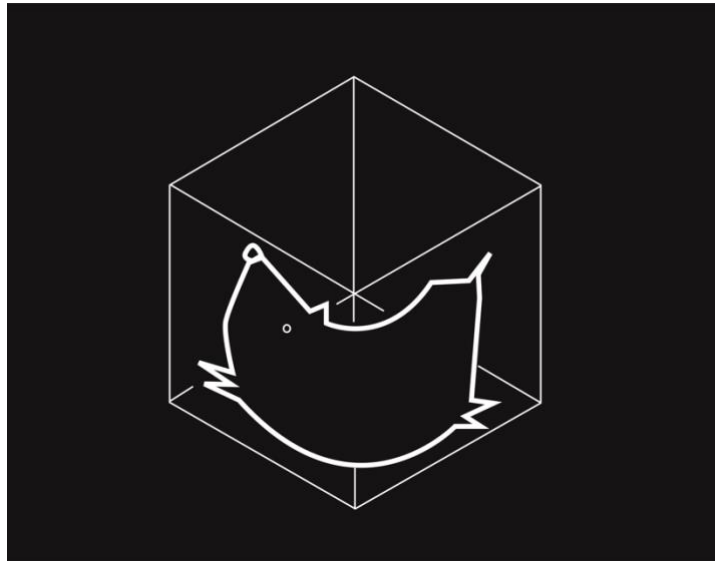
Um die Schulen scheint es bestens zu stehen: Bildung ist in aller Munde, Zertifikate und Siegel schmücken schillernde Schulhomepages, bunte Tage der offenen Tür präsentieren vielfältige Angebote und Profile. Schülerinnen und Schüler werden individuell gefördert und auf dem Papier auch immer besser. Lehrerinnen und Lehrer arbeiten in multiprofessionellen Teams, hospitieren kollegial, evaluieren ihre Arbeit und gestalten in Steuergruppen und Schulentwicklungsteams eine lernende und gesunde Schule der Vielfalt und der Zukunft usw.

Zugleich aber klagen Lehrerinnen und Lehrern über Dauerüberlastung, Zeitdruck, immer mehr unterrichtsferne Bürokratie durch Dokumentationspflichten und Koordinierungsaufgaben sowie die wachsenden pädagogischen Herausforderungen. All dies führe zur zunehmenden Marginalisierung des Kerngeschäfts von Unterricht und Erziehung.

In dieser Not seufzen Viele, «It's time for change!» So öffnet Überlastung den Weg für die innovativen Verheißungen

der «sanften» Steuerungstechniken, die die Anpassung an von außen gesetzte Regulative durchsetzen und die pädagogische Freiheit unterminieren.

Die Tagung beleuchtet in Vertiefung ihres ersten Teils, wie die manipulative Steuerung von Schule durch Change-Management mit den konkreten Erfahrungen des Schulalltags zusammenhängt. Die Beiträge zu ausgewählten Phänomenen verknüpfen wissenschaftliche Analysen mit Ausblicken aus der Praxis. Die Tagung soll Lehrerinnen und Lehrer ermutigen, ihre pädagogische Freiheit und Verantwortung wahrzunehmen – gegen versteckten Anpassungsdruck und für die der Schule anvertraute junge Generation und den Erhalt von Freiheit, Demokratie und Kultur. [Mehr...](#)



Time for Change? – Teil II: Im Hamsterrad

Schule zwischen Überlastung und Anpassungsdruck

Tagung, Samstag, 04. Mai 2019

Bergische Universität Wuppertal,
Fakultät für Design und Kunst,
Lehr- und Forschungsgebiet Kunstpädagogik

in Kooperation mit:
Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.
Universität Bonn, Arbeitsbereich Bildungswissenschaften
Cusanus Hochschule, Bernkastel-Kues
Universität zu Köln, Department Erziehungs- und Sozialwissenschaften



BERGISCHE
UNIVERSITÄT
WUPPERTAL

22.5.2019 Im Bann der Bildschirme – wenn Gamern und soziales Networking zur Sucht werden

Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft

Referentin: Prof. Dr. phil. Paula Bleckmann (Alanus Hochschule Bonn) [mehr...](#)